

Die einen offen, die anderen versteckt: Parteien pro Gentechnik!

In der Politik ist es wie überall: Über 70 Prozent der BundestagsdirektkandidatInnen sprachen sich gegen die Agro-Gentechnik aus¹ – gemacht wird sie aber trotzdem. Und zwar mit Duldung, meist sogar mit Unterstützung auch dieser 70 Prozent. Dabei bieten die BefürworterInnen der Agro-Gentechnik im Bundestag und in Landtagen weder gute Argumente noch besonderes Geschick in ihrem Vorgehen – also wie die Konzern- und Lobbyapparate draußen in den medialen Politschlachten. Werfen wir einmal einen Blick in den Plenarsaal des Bundestages. Es war der 26.3.2009, die sogenannten VolksvertreterInnen debattierten über den Antrag der Grünen auf Verbot von MON810.² Peter Bleser von der CDU/CSU-Fraktion stand am Mikrophon: „Dieses österreichische Gutachten ist von seriösen, dafür zuständigen Behörden widerlegt worden. Die EFSA wie auch das BfR haben genau dieses Gutachten als nicht relevant bezeichnet. Alle die von Ihnen zitierten Pseudogutachten sind von den dafür zuständigen Einrichtungen immer wieder widerlegt worden. ... Der Geschichte Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.“ Christel Hap-pach-Kasan, Marktschreierin pro Gentechnik aus FDP-Reihen, setzte einen drauf: „Sie haben das Thema Bienen angesprochen. Auch das ist sehr spannend. Ich bin froh darüber, dass die Bundesregierung auf eine Frage von mir geantwortet hat: Auf Grundlage der Praxisversuche kann eine toxische Wirkung von Bt-Mais auf gesunde Honigbienenvölker mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Die Bundesregierung hat mir im Ausschuss weiter gesagt: Honig enthält im Prinzip 0,5 Prozent Pollen. Ob da ein bisschen was vom Bt-Mais dabei ist, ist völlig egal. Das Premiumprodukt Honig ist dadurch in keiner Weise beeinträchtigt. ... Es gibt aber keinerlei Grund, Angst zu erzeugen. Grüne, CSU und SPD arbeiten dabei Hand in Hand. Die Bundeskanzlerin schaut zu. Es ist unverantwortlich, wie die Bundeskanzlerin die Interessen Deutschlands verspielt, um in der südlichen Sandburg Ruhe zu bewahren. Wer Angst erzeugt, macht Menschen unfrei. Wir als Liberale fühlen uns dem freien

Menschen verpflichtet und wollen ihn nicht bevormunden, sondern mit den Informationen ausstatten, die er braucht, um sich entscheiden zu können.“ Später entschuldigte sich Ulrich Kelber für die SPD, dass er dem Verbot nicht zustimmen werde – und schob den schwarzen Peter an die CSU weiter: „Wir, die SPD-Fraktion, dürfen diesen Antrag nicht einbringen. Wir dürfen laut Koalitionsvertrag – das ist typisch für einen Koalitionsvertrag; Frau Höfken, Frau Höhn und Frau Künast wissen, was Koalitionsverträge sind – einem Antrag der Opposition nicht zustimmen. Deswegen werden wir das heute nicht tun. Wir werden weiter für den gleichen Inhalt kämpfen. Wir werden darauf drängen, dass wenigstens einer der Abgeordneten von der CSU, die in jeder Pressemitteilung sagt, sie teile diese Position der SPD, zu dieser Meinung steht und sie hier vorträgt. Die CSU sollte nicht versuchen, über die Zeitungen der Bevölkerung ein Bild zu vermitteln, das von der Meinung, die sie in Wirklichkeit vertritt, abweicht. ... Technologieoffene Forschung kann nicht heißen, dass im Haushalt von Frau Schavan 90 Prozent der Mittel für die Lösung bestimmter Probleme in der Züchtung in die Grüne Gentechnik und keine 10 Prozent in alternative Technologien gehen.“ Verschwiegen seien hier zahlreiche Zwischenrufe und Pöbeleien, die das Niveau politischer Debatte zeigten. Parlamente sind Glashäuser, in den mit Platteiten über das längst Beschlossene herumgeworfen wird. Die Realpolitik findet andernorts statt – immer aber unter Beteiligung derer, die in Bundes- oder Landtagen den Eindruck zu erwecken versuchen, in der Demokratie gehe alle Staatsgewalt vom Volke aus (wer oder was auch immer das „Volk“ sein soll).

Im Parlament sind die Abstimmenden meist vollständig Fraktionen zugeordnet, die einheitlich abstimmen, d.h. die Meinung der Einzelpersonen bedeutet sichtbar wenig – mit Ausnahme der Chefs dieser Abstimmungskollektive. Nur in Wahlkämpfen werden Positionen sichtbar und gegeneinander gestellt. Auch hier zeigen sich Mehrheiten gegen die Agro-Gentechnik. Doch kein Wahlergebnis kann sie verhindern: Rot-rot in Mecklenburg hat sie gefördert. Rot-Grün auf Bundesebene baute die Agro-Gentechnik weiter aus. Schwarz-rot war nicht besser. Nur Schwarz-gelb in Bayern wehrt sich gegen die Technik, aber nicht aus Überzeugung, sondern gezwungen durch die Kraft des Widerstandes. Auch das ist also eher ein Beweis mehr, dass nicht die Farbenlehre der Regierenden, sondern die Widerstandskultur in der Breite der Bevölkerung den Ausschlag gibt.

Handeln alle Parteien für die Agro-Gentechnik, wenn sie an die Regierung kommen? Werfen wir mal darauf einen Blick – schön nacheinander. Und beginnen mit jenen, bei denen die Unterstützung für die Agro-Gentechnik am überraschendsten sein dürfte: Bündnis 90/Die Grünen.

Aktuelle Informationen, Links und mehr Zitate auf der Internetseite zu Parteien unter www.biotech-seilschaften.de/vu/



Fußnoten

- www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/bundestagswahl_2009/kandidatinnencheck/umfrageergebnisse/
- <http://blogs.taz.de/saveourseeds/files/2009/03/26-03-09-debatte-bundestag-anbaustopp-mon810-2.pdf>

In diesem Kapitel:

- ▶ Grüne Überraschungen
- ▶ Unentschlossene Linke und SPD
- ▶ Seehofer, Aigner und die CSU
- ▶ Pro-Gentechnik: CDU und FDP



Symbole von Unterwerfung und moderne Gefügigkeit. Die Macht aus Parlamenten und Märkten zu selbstbewusst lebenden Menschen zurückerobern, wäre die Alternative.



BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN



Grün, grüner, grüne Gentechnik

Bündnis 90/Die Grünen gehören sicherlich in Sachen Agro-Gentechnik nicht zu den euphorischen Unterstützerinnen, aber im Blick auf die Realpolitik hinter dem Wahlkampfgerede, wie so oft, zu den größten Enttäuschungen. Denn verbal halten sie meist Linie gegen die Anwendung der Gentechnik. Aber als Teil der Bundesregierung und vor allem mit Renate Künast als zuständiger Ministerin sorgten sie dafür, dass der Durchmarsch von gv-Produkten in der Agrarpolitik reibungslos ablief. Zudem sprechen sich die zentralen Apparate, also Bundes- und die meisten Landesgremien, bis heute für Forschungsfelder aus und legitimieren damit den Deckmantel, unter dem die meisten deutschen Versuchsfelder laufen.

Aus dem Parteiprogramm 2009-2013

Wir schützen die biologische Vielfalt und lehnen Gentechnik im Essen und auf dem Acker ab. ... (S. 21)

Wie die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen auch wir GRÜNE Gentechnik auf unserem Teller ab. Wir stehen Seite an Seite mit Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen und VerbraucherInnen, die an vielen Orten gentechnikfreie Regionen ausrufen und sich gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen wenden. Agro-Gentechnik schafft Probleme und keine Lösungen, weder bei uns noch in Entwicklungsländern. Sie befördert weltweit Monokulturen, gefährdet die Umwelt, gentechnikfreie Produktion und Arbeitsplätze. Sie bedroht die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, sich für gentechnikfreie und auch ökologische Lebensmittel entscheiden zu können. Gentechnik macht Landwirtinnen und Landwirte noch abhängiger von wenigen weltweit agierenden Konzernen. Monsanto darf nicht zum Microsoft der Landwirtschaft werden. Wir setzen uns deshalb für ein Verbot von Gentechnik-Pflanzen ein, die Menschen, Umwelt und die gentechnikfreie Produktion gefährden. Wir setzen uns für eine weltweite Ächtung der „Terminator-Technologie“ ein, die die Keimfähigkeit von Samen abtötet. Wir wollen gentechnische Veränderungen klarer und deutlicher kennzeichnen. Haupteinfallstor für die Agro-Gentechnik sind gentechnisch veränderte Futtermittel. Alle Verbraucherinnen und Verbraucher müssen deshalb wissen, ob das Fleisch, die Milch oder der Käse von Tieren stammen, die mit Gensoja oder Genmais gefüttert wurden. Eine klare Kennzeichnung erleichtert die Wahl beim Einkauf und fördert einen gentechnikfreien Futtermittelmarkt. Wir brauchen eine unabhängige Bewertung der Agro-Gentechnik, dazu müssen auch die sozio-ökonomischen Risiken besser erforscht und einbezogen werden. Die Verflechtungen nationaler und europäischer Prüf- und Zulassungsbehörden mit der Agro-Gentechnik-Lobby müssen offengelegt und beseitigt werden. Biopatente führen zu Monopolsprüchen weniger Konzerne auf Pflanzen und Tiere, zu Abhängigkeiten von Landwirtinnen und Landwirten und blockieren innovative Züchtungsfortschritte. Wir setzen uns daher für eine Korrektur der EU-Biopatentrichtlinie und für eine Novellierung des Deutschen Patengesetzes ein. Damit Patente auf Pflanzen, Tiere und biologische Züchtungsverfahren nicht weiter erteilt werden können. (S. 128 f.) Außerdem setzen wir uns für die Stärkung der gentechnikfreien Regionen ein. (S. 138)

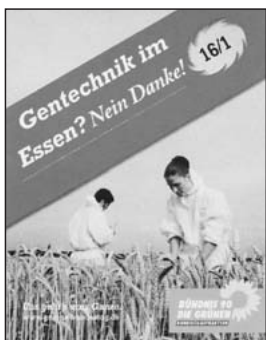
Und wir wollen, dass Ostdeutschland gentechnikfrei wird. (S. 176)

3 Broschüre Nr. 16/1 „Gentechnik im Essen? Nein Danke!“ (S.5)

4 www.net-tribune.de/nit/node/6909/news/Erneut-Runder-Tisch-zur-Grünen-Gentechnik-bei-Schavan

5 www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/343/343156.die_agrarforschung__ist__leider__nicht__frei.html

Abb. Titel der Grünen-Broschüre Nr. 16/1 „Gentechnik im Essen? Nein Danke!“



Hinter dieser Propaganda steht eine ernüchternde Realpolitik. Die beginnt schon mit öffentlichen Erklärungen, wenn es nicht mehr ums Allgemeine, sondern zu konkreten Forschungsarbeiten geht. „**Wir brauchen mehr Langzeitstudien, mehr unabhängige Risikoforschung**“, steht ganz offen in einer grünen Themenbroschüre.³ Bisher kamen aber alle Verunreinigungen aus solchen Forschungsfeldern. Biosicherheitsforschung müsse sein, aber bitte „**ernsthaff**“, erklärte Ulrike Höfken auch 2010 noch – der Maisskandal des gleichen Jahres, dessen Ursprung ebenfalls Forschungsfelder waren, war da längst bekannt.

Praktisch wurde die Akzeptanz deutscher Versuchsfelder vor allem im Umgang mit dem gentechnikfreundlichen BVL. Wenn sich deren Chef 2007 damit brüstete, dass noch nie ein Antrag abgelehnt wurde, dann schließt das die gesamte rot-grüne Regierungszeit und die Amtszeit von Renate Künast als Dienstvorgesetzte der Herren Buhk und Bartsch im BVL ein. Künast hat die Genehmigungspraxis in deutschen Behörden immer gedeckt und damit akzeptiert, dass GentechnikbefürworterInnen an den zentralen Stellen die Entscheidungen fällen.

Aus einer Meldung von AP am 22.7.2009⁴

Die stellvertretende Vorsitzende der Grünen im Bundestag, Bärbel Höhn, sagte: „Der Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft steckt voller Risiken und bringt nicht den von den Herstellern propagierten Nutzen.“ So sei die Sicherheitsforschung in Deutschland noch immer ungenügend.

Aus einer Presseinformation der Grünen am 8.6.2010⁵

Ulrike Höfken, Sprecherin für Agro-Gentechnik, erklärt: „... Wir brauchen eine integrierte Folgenabschätzung für Biomasse und Biotechnologie und eine ernsthafte Bio-Sicherheitsforschung.“

Noch etwas anderes ist beliebtes Spiel bei den grünen Kadern. Während sie den konkreten Felder und damit den Auskreuzungsquellen wenig entgegensetzen, basteln sie mit an der Legende sicherer Öko-Inseln. „**Wenn Sie kein Gen-Food wollen, kaufen Sie keine Lebensmittel mit dem Hinweis ‚gentechnisch verändert‘. Am sichersten sind Produkte aus dem Ökolandbau**“, steht in der schon erwähnten Broschüre auf Seite 11. Das dient der Suggestion „**Mit Bio auf der sicheren Seite**“ – und erfreut die Herzen grüner StammwählerInnen. Die haben nämlich ihre kämpferischen Zeiten lange hinter sich und lieben es, mit ihrem, inzwischen meist wohlgefüllten Portemonnaie per eingebildeter Verbrauchermacht anstrengungslos Politik zu machen. Klappt nur nicht, denn Gen-Pollen fliegt überall hin – verkünden die Spruchbänder bei Aktionen. Nur bei der eigenen Politik ist das noch nicht angekommen ...

Grüne Spitzenleute zieht es, ähnlich wie die FunktionärInnen von Umweltverbänden, an die Tische der Mächtigen, weit weg von den Konflikten. Wie das praktisch aussieht, konnte mensch im September 2009 bestaunen. Am 7.9. fand auf der BioTechFarm das Jahrestreffen des Gentechnik-Lobbyisten InnoPlanta statt. Ein Gentechnikkritiker erhielt – trotz regulärer Anmeldung – wenige Tage vor dem Beginn ein Verbot. Begründung: Seine Kritik an den Seilschaften. Ein weiterer wurde vor Ort nicht eingelassen. Unter den 150 TeilnehmerInnen zeigte sich laut Augenzeuginnen keine Kritik. Als Quotenkritikerin war Cornelia Behm, Bundestagsabgeordnete der Grünen, geladen. Die erfüllte diesen Job brav, obwohl sie wusste, dass andere Menschen abweichender

Meinung nicht eingelassen wurden. Als sie das Gelände wieder verließ, winkte sie im Vorbeifahren aus dem Auto heraus den Protestierenden vor dem Eingang zu – mehr war nicht drin. Es war ein eindeutiges Statement, wo mensch sich gerne aufhält und wo nicht.

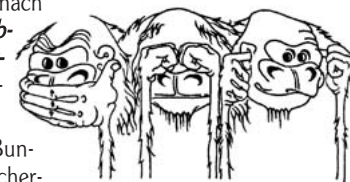
Fast ein Jahr später lief eine Tagung der Grünen zur Biosicherheitsforschung.⁶ Dazu wurde in die Hauptstadt eingeladen – Zielgruppe waren schließlich die Eliten aus Forschung, Medien und Verbänden. Die sitzen in ihren Hauptstadtstudios. Nun wäre die Zahl der Standorte von Sicherheitsforschung in Deutschland übersichtlich; dort aber ist von den grünen Bundesgrößen nichts, von örtlichen Grünen höchstens wenig zu sehen. Bei den Umwelt- oder Landbauverbänden sieht es nicht besser aus. Immerhin wissen die Grünen aber, dass es diese Felder gibt. Bei ihnen hängt offenbar nicht nur die um deutsche Versuchsfelder bereinigte Greenpeacekarte an der Wand. Ulrike Höfken, Bundestagsabgeordnete der Partei, wollte sich im Juni 2010 nun mit genau dieser Sicherheitsforschung befassen, die die Grünen bislang selbst gefordert, die grüne Vizegeministerin Künast akzeptiert hatte und im Rahmen ihres Ministeriums selbst durchführen ließ. Doch das Programm der besagten Tagung wies einige Probleme auf. Es war eine Diskussion zwischen ExpertInnen aus den gehobenen Milieus des Gentechnik-Protestes geplant, darunter Christoph Then von Testbiotech (Ex-Greenpeace), eine zunächst namentlich nicht genannte Person vom Bundesforschungsministerium, Beatrix Tappeser (Bundesamt für Naturschutz), Steffi Ober vom NABU und Ulrike Höfken selbst. Die Moderation sollte Manfred Ladwig vom Südwestrundfunk übernehmen. Zuvor liefen drei Einführungsreferate von WissenschaftlerInnen der Universitäten Caen, Zürich und Bremen. Mit solchen ReferentInnen war das Ganze eine Tagung, bei der die konkreten Erfahrungen an den Feldern keine Rolle spielen konnten – weder die Fälschungen der Anträge noch die Verstöße gegen die Sicherheitsauflagen oder Erkenntnisse über heimlich durchgeführte Versuche, für die gar keine Genehmigung vorlag. Der erläuternde Text zur Tagung dokumentierte, dass es um eine vom konkreten Geschehen an den Feldern abgehobene Debatte ging. Wie immer stand im Mittelpunkt der „**umstrittene MON810-Mais**“, obwohl ohnehin verboten. Das Praktische, z.B. dass er auf der BioTechFarm noch stand, war in den Hauptstadt-Tagungsräumen wiederum unbekannt oder egal. Zudem sorgten sich die Grünen um den „**Zugang zum Forschungsmaterial (z.B. zu MON810-Mais oder zur BASF-Kartoffel Amflora)**“. Das war wieder so eine indirekte Forderung nach der Agro-Gentechnik – denn um solche Pflanzen zu untersuchen, muss es sie wohl geben. Wenig interessierte die Grünen, dass es auf den deutschen Sicherheitsforschungsfelder eher um andere Fragen und andere Pflanzen geht. MON810 und Amflora sind dort kaum vertreten. Grünen und die Umweltverbände kennen sich aber besser in den Ämtern der Regierungsstädte, weniger draußen an den umkämpften Feldern aus. Auf den Äckern und in den Firmenzentralen geht es um Patente, Schlampelei, organisierte Auskreuzung und viel Geld. Davon reden Grüne und NGO-Apparate wenig oder haben schlicht keine Ahnung. Stattdessen orientieren sie sich am Vokabular der anderen Seite, wenn sie selbst eine „**transparente, wissenschaftsbasierte Risikoforschung**“ einfordern.

Am 2. Juni bekam Ulrike Höfken eine Mail, in der sie auf dieses Problem hingewiesen wurde: „**Ihr Tagungsprogramm weist eine Menge durchaus interessanter ReferentInnen auf, die zu den politischen Rahmenbedingun-**

gen auch viel sagen können. Allein – niemand von denen hat irgendeine Ahnung von dem Geschehen da draußen auf den Feldern.“ Der Absender bot sich auch selbst als Informant an. Doch die grüne Bundestagsabgeordnete ließ sich nicht nur erstaunlich viel Zeit für die Beantwortung – nämlich 19 von insgesamt 26 verbliebenen Tagen bis zur Tagung. Am 21. Juni, dem Tag des Anmeldeschlusses, schrieb sie zurück, und lehnte das Angebot ab. Ihre Mail war sicherlich nett gemeint, aber dennoch verriet der Wortlaut die Zugehörigkeit zu den Funktionseliten dieser Gesellschaft, für die der Rest nicht beachtenswert ist. Die Grünen hatten ganz bewusst „**ein Podium aus WissenschaftlerInnen und politisch Verantwortlichen zusammengestellt**“ – ein deutlicher Affront auch gegen den Absender der Mail und andere Ortskundige an den Gentechnikstandorten, der nicht als solche eingestuft wurden. Sieht Höfken nur als WissenschaftlerIn, wer im Büro oder Labor hockt? Völlig ins Absurde ging Höfken weitere Behauptung, die Grünen wären auch „**draußen auf den Feldern**“, z.B. „**Ende Mai ... eine Veranstaltung mit 200 TeilnehmerInnen in Trier**“ und „**im Herbst eine Veranstaltung in Stuttgart**“. Wo bitte sollen denn da Sicherheitsforschungsfelder sein? So dokumentierten die grünen Eliten, dass sie von der konkrete Lage der Agro-Gentechnik keine Ahnung haben – und das auch so bleiben sollte. Denn das Know-How, wie die Versuchsabläufe in Braunschweig, Üplingen oder Sagerheide tatsächlichen aussehen, fehlte auf der Tagung – ganz absichtlich. Das Ergebnis war entsprechend. In ihrer mediengerecht aufgesetzten Erklärung nach der Tagung? fordern die Grünen „**die Bundesregierung auf ... unabhängige Forschungsprojekte mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen**“. Broer, Rauschen und andere werden es mit Freude zur Kenntnis genommen haben.

Am deutlichsten fällt der Blick auf die Realpolitik in der rot-grünen Bundesregierungszeit von 1998 bis 2005 aus. Das geldschwere Biosicherheits-Förderprogramm der grünen Gentechnik wurde von der grünen Verbraucherministerin Renate Künast unterstützt.⁸ Es finanzierte schon damals viele deutsche Freilandexperimente. Die federführend von Verbraucherministerin Künast entwickelte Novelle des Gentechnikgesetzes schrieb eine Koexistenz gentechnikfreier und mit Gentechnik arbeitender Landwirtschaft vor. Künast wollte laut eigener Aussagen damit nicht nur gentechnikfreie Landwirtschaft, sondern auch die Gentechnik in der Landschaft.⁹ „**Am Ende sollen beide existieren können, und zwar dauerhaft**“. Praktisch schob sie damit genau den Prozess selbst mit an, der am Ende – via schleichernder Ausbreitung – die gentechnikfreie Landwirtschaft beenden würde. Hinzu kommt der seltsame § 16 im GenTG, der die Koexistenzpflicht für Versuchsfelder wieder aufhob. Das stand so auch schon in Künasts Gesetz. Ob das klar und Absicht war, oder ob Nichtwissen und fehlendes Nachdenken diese Formal-Koexistenz heraufbeschwor, wird sich sicherlich nie aufklären lassen. Schließlich will Künast noch einige Karriereleiter nehmen, zudem schweben die Grünen auf Wolke 7 der Wahlumfragen. Da sind enthüllende Blicke hinter die Kulissen nicht förderlich. Nur den ImkerInnen wird sie kaum glaubwürdig vermitteln können, dass sie diesen Zweig der Landwirtschaft einfach nur vergessen hätte. Die Koexistenz mit der Bienenhaltung war von Anfang an unmöglich – und das war allen Beteiligten klar, aller Parteien.

Aus dem Hause Künast floss zudem Geld in die Agro-Gentechnik. Die Zeitschrift Focus, die als seriöse Quelle allerdings nur begrenzt erhalten



6 www.gruene-bundestag.de/cms/termine/dok/342/342008.genpflanzen__alle__sicher__risikoforschung.html

7 Presseerklärung am 29.6.2010: www.dermerker.de/autor/bundestagsfraktion__buendnis__90die_gruenen/405

8 www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kuenast-erleichtert-genforschung;872559

9 Interview in der Zeit am 16.9.2004: www.zeit.de/2004/39/K__9fnast__Gespr__8ach

Aus dem Freisetungsregister: Genfelder – angelegt während rot-grüner Zeit durch Bundesinstitute, die zum Verbraucherschutzministerium gehören. Die Zahl pro Jahr unterscheidet sich kaum von den Jahren unter anderer Regierung (Download über www.projektwerkstatt.de/gen/filz/staat/versuche1999bis2003bmelv.pdf).

B/DE/99/100	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen, Quedlinburg	Deutschland	1999	Wein	Vitis vinifera	Pilzresistenz
B/DE/99/95	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen, Quedlinburg	Deutschland	1999	Kartoffel	Solanum tuberosum	Bakterienresistenz
B/DE/99/113	Biologische Bundesanstalt für Land-u. Forstwirtschaft	Deutschland	1999	Raps	Brassica napus	Herbizidtoleranz
B/DE/00/116	Bundesanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Großhansdorf	Deutschland	2000	Pappel	Populus tremula x Populus tremuloides	Markierung
B/DE/00/121	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen, Aschersleben	Deutschland	2000	Kartoffel	Solanum tuberosum	Virusresistenz
B/DE/00/122	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA), Institut für integrierten Pflanzenschutz	Deutschland	2000	Kartoffel	Solanum tuberosum	Kohlenhydratstoffwechsel
B/DE/01/136	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Institut für integrierten Pflanzenschutz	Deutschland	2002	Kartoffel	Solanum tuberosum	Kohlenhydratstoffwechsel
Z.Z. keine Nummer	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen	Deutschland	2003	Apfel	Malus domestica	Pilzresistenz; Bakterienresistenz
B/DE/02/147	Bundesanstalt für Züchtungsforschung Quedlinburg	Deutschland	2003	Raps	Brassica napus	Fettsäuremuster

dürfte, behauptete unwidersprochen und zitierend aus einem Schreiben des Ministeriums, dieses gäbe in Künasts Zeit „6,6 Millionen Euro für Projekte aus, die gentechnische Veränderungen in Pflanzen zum Inhalt hatten“.¹⁰ Unstrittig gab es Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen, die vom Künastministerium selbst beantragt, genehmigt und angelegt wurden. Der Blick in vergangene Jahre des offiziellen Standortregisters zeigt deutlich, dass die Anzahl neu angezeigter Feldversuche durch Behörden des Verbraucherschutzministeriums unter Künast konstant blieb.

Offensichtlich war das aber noch gar nicht alles, denn „die damalige Bundeslandwirtschafts- und Verbraucherministerin Renate Künast hatte 2002 ganz offen der Aussaat von 50 Tonnen genmanipuliertem Saatgut zu Versuchszwecken durch das Bundesressort zugestimmt. Das wahre Ausmaß des Anbaus wurde indes von Künast geheimgehalten.“¹¹

Die Zeitung zog als Fazit: „Bei der Mehrheit der Umweltverbände galt Renate Künast jahrelang als ehrliche Maklerin zwischen

den Interessen von Industrie und Verbrauchern. Inzwischen ist kaum mehr zu leugnen, daß sie von der Ministerin zum Narren gehalten wurden.“

Bemerkenswert sind Bundesmittel für die Gentechnikhochburgen in Sachsen-Anhalt und den Wiederaufbau der Agro-Gentechnik nach dem EU-weiten Moratorium ab 2004. Das Geld kam zwar nicht direkt aus dem grünen Ministerium, aber Sache der rot-grünen Bundesregierung war es dennoch. Von dort wurde gleich zu Beginn der Regierungsphase der InnoRegio-Wettbewerb ausgeschrieben. Ein Sieger: Das Projekt „InnoPlanta“, das explizit den Wiederaufstieg der Agro-Gentechnik zum Ziel hatte. Es wurde ab 1999 mit ca. 40 Mio. DM (rund 20 Mio. Euro) bedacht. Als Anlass des Projektes benannte der heutige InnoPlanta-Vorsitzende, damalige Biotechnologie-Experte bei tti und Geschäftsführer des Vorläufers vom heutigen BIO Mitteldeutschland, Uwe Schrader, die Ankurbelung des Spritzmittelabsatzes durch die grüne Gentechnik. Horst Rehberger, damaliger Unterstützer u.a. als Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt, beschrieb das Projekt¹²: „Im Jahr 1999 hatte das Bundesministerium für Bildung und Forschung den InnoRegio Wettbewerb ausgeschrieben. Durch ihn sollte die Clusterbildung in den neuen Bundesländern vorangetrieben werden. Was lag näher, als im Raum Nordhartz/Börde ein Konzept für die Weiterentwicklung der Biotechnologie zu entwickeln, mit dem man an diesem Wettbewerb teilnehmen konnte? Das geschah unter Federführung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Aschersleben (Evelyne Nettlau) und der BioRegion Halle-Leipzig GmbH (Dr. Uwe Schrader). Als Berater wirkte auch Rehberger bei der Erstellung

des Konzeptes mit. Auf seinen Vorschlag hin wurde der InnoPlanta e.V. als Netzwerk zur Förderung der grünen Biotechnologie gebildet. In ihm haben sich Wissenschaftler, Saatzüchter, Pflanzenbiotechnologie-Unternehmen, kommunale Gebietskörperschaften und nicht zuletzt Landwirte zusammengeschlossen. Der InnoPlanta e.V. ging im Jahr 2000 als Sieger aus dem Wettbewerb hervor. Er realisierte mit der Prämie von rund 30 Millionen Euro 38 Einzelforschungsvorhaben. Daraus entstanden eine Vielzahl von Patenten und Lizenzen in den beteiligten mittelständischen Unternehmen sowie zahlreiche Arbeitsplätze.“ Auch die Landtags-Drucksache 4/2703 bestätigte:¹³ „Seit 1999 fließen Bundesmittel in Projekte der Agro-Gentechnik in Sachsen-Anhalt.“ Entsprechend schwach fällt auch die Gentechnikkritik vor Ort aus. Zum Vorzeigeprojekt aggressiver Gentechnik in der Börde westlich von Magdeburg formulierte der grüne Kreispolitiker Bodo Zeymer:¹⁴ „Es geht nicht um die Verteufelung der Gentechnik. Hier soll nicht gegen die genetische Forschung gesprochen werden oder Denkverbot apostrophiert werden. Es geht um grüne Agro-Gentechnik und deren verantwortungsvolle Nutzung. ... Es geht doch nicht darum, dass wir das verbieten und bestrafen.“

Solche Zaghaftigkeit geht auch andernorts: Als die Universität Gießen 2006 transgene Gerste aussäte, votierten alle Parteien im Stadtparlament für das riskante Experiment. Auch die Grünen – sonst mit verbalradikaler Gentechnikkritik immer auf WählerInnenfang. Aber die Grünen sind hier Teil einer Jamaika-Koalition und die Universität ist die wichtigste Einrichtung der Stadt. Wer oben schwimmen will, muss unter solchen Verhältnissen ein bisschen flexibel regieren ...

Ohnehin: Rot-grüne Papiere öffnen der Gentechnikforschung und damit den realen Feldern Tür und Tor. Nach der Koalitionsvereinbarung von 2002 wollten die Regierungsparteien „eine umfassende und konsistente, ethisch verantwortbare Biotechnologie-Strategie entwickeln, um das Potenzial der Biotechnologie zu nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologiestandortes Deutschland zu sichern und auszubauen.“ Unter „wichtige Elemente“ wird dabei auch die „Forschungsförderung“ genannt. Besser war der Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen¹⁵ im Jahr 2010. Doch die großen Forschungsinstitute, die auch Agro-Gentechnik zum Thema haben, werden auch im bevölkerungsreichsten Bundesland weiter umfassend gefördert. Ob sich so eine Wende organisieren lässt, darf bezweifelt werden.

Aus „Staatliche Unterstützung erwünscht“, in: *Bioskop Nr. 20, Dezember 2002 (S. 8-9)*¹⁶

Bisher ist die Ertragslage der Biotechbranche allerdings bescheiden bis hoch defizitär, weshalb sie einmal mehr nach besseren politischen Rahmenbedingungen ruft. Die rot-grüne Bundesregierung hört gern drauf und will ihren Förderbeitrag leisten – für eine Zukunft, die viele Firmen nicht mehr erleben werden. ... Nicht nur die Erfahrungen der vergangenen Legislaturperiode sprechen dafür, dass die Biotechbranche weiterhin reichlich Gehör bei SPD und Grünen finden wird. Mut machen wird ihr auch die Koalitionsvereinbarung; sie liest sich, was Förderung von „Biotechnologie“ betrifft, weitgehend wie das Strategiepapier der Industrievereinigung. ... Biotechnologie hat Zukunft – meint jedenfalls die Bundesregierung. Wie SPD und Grüne den „Biotechnologie-Standort Deutschland“ gemeinsam fördern wollen, steht auf Seite 16 der Koalitionsvereinbarung, die sie am 16.10. feierlich besiegelt haben.

10 Aus Focus, 27.9.2009 (www.focus.de/wissen/wissenschaft/staatsgeld-kuenast-zuecht-gentech-pflanzen_aid_439581.html). Dort als Quelle benannt: „So steht es in der Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Volker Wissing.“

11 Junge Welt, 28.8.2006 (S. 4): www.jungewelt.de/2006/08-28/053.php

12 Horst Rehberger in seiner Biografie „Unterwegs“ (2009, S. 226)

13 Landtag Sachsen-Anhalt, 4. Wahlperiode, am 21.03.2006

14 Volksstimme am 6.2.2010: www.volksstimme.de/vsm/nachrichten/lokalausgaben/haldensleben/?em_cnt=1625552

15 www.gruene-nrw.de/fileadmin/user_upload/landesverband/gruene-nrw/aktuelles/2010/koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag__Rot-Gruen__NRW__2010-2015.pdf

16 www.bioskop-forum.de/themen/gentechnik/gentechnik_schlusseltechnologie_deutschland_2002.html

Die Widersprüche zwischen schönen Worten zwecks Stimmenfang und praktischer Politik im Interesse von Standort und den dort gemeldeten Konzernen sind kein Zufall, sondern Logik aller Machtpolitik. Auf anderen Feldern sah das nicht besser aus, z.B. bei Fragen der Patentierung von Genen, wo die rot-grüne Regierung ein unternehmerfreundliches Gesetz einbrachte.

Aus „Lukrativer als eine Goldgrube“, in: Freitag, 1.10.2004 (S. 41) „Der Verband forschender Arzneimittelhersteller begrüßt den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der Biopatentrichtlinie“, heißt es in einer jüngst veröffentlichten Stellungnahme des Unternehmenszusammenschlusses. Er sei „ein wichtiges Signal für die Zukunft der Biotechnologie und die Erforschung und Produktion innovativer Medikamente am Standort Deutschland“. Die Zufriedenheit der Pharmaunternehmen ist verständlich: Mit dem im Juni 2003 vorgelegten und im März diesen Jahres erstmals im Bundestag verhandelten Gesetzentwurf begünstigt die rot-grüne Regierung ausschließlich die Industrie. Der Entwurf ignoriert konsequent vorhandene Spielräume bei der Umsetzung der so genannten EU-Biopatentrichtlinie und erlaubt die Patentierung ganzer Gene, Proteine oder anderer Bestandteile des menschlichen Körpers, sobald auch nur eine Funktion oder Anwendung der Substanz beschrieben werden kann.

2004, also ebenfalls zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung, begann ein abenteuerlicher Personalaustausch zwischen großen Konzernen und Bundesministerien. Personen, die weiter bei Privatfirmen in Lohn und Brot standen, richteten sich ihren Schreibtisch nun in passenden Ministerien ein – und konnten so Tag für Tag in die dortigen Abläufe hineinschauen oder diese sogar beeinflussen. Bayer und BASF schickten ihre Leute ins Bundesumweltministerium des Grünen Jürgen Trittin und ins SPD-geführte Forschungsministerium.¹⁷

Hinzu kommt ein beliebtes Spiel grüner Führungskreise. Ähnlich vieler UmweltverbandsfunktionärInnen distanzieren sie sich ständig von unabhängigen AktivistInnen und deren Versuchen, die Agro-Gentechnik nicht nur mit sanften Appellen aufzuhalten. Trauer um zerstörte Felder mit gv-Pflanzen ist obligatorisch. Die grünen Bundestagsabgeordneten Höfken und Behm, beide in der Vergangenheit immer wieder durch Nichtbeachtung oder Ausgrenzung von Aktionen rund um die Felder bei gleichzeitiger Akzeptanz der Gentechnik-SeilschafferInnen als VerhandlungspartnerInnen aufgefallen, polterten 2005 zur Aktion „Gendreck weg“,¹⁸ es sei nötig, dafür Sorge zu tragen, „**dass Felder und Einrichtungen nicht zerstört werden. Ein guter Protest wird sonst durch die falschen Mittel diskreditiert. Deswegen lehnen wir nachdrücklich Aktionen ab, die Zerstörungen zur Folge haben.**“ Die auf ihre metropolitanen WählerInnen schichten fixierten GrünenfunktionärInnen, die sich um die deutschen Gentechnikfelder und damit die gefährlichen Auskreuzungsquellen draußen im Land so wenig kümmern wie früher ihre Leitfigur Renate Künast, halten praktisches Handeln vor Ort offenbar eher für einen Nachteil: „**Verbesserungen werden so nicht erreicht, sondern behindert.**“ Angesichts des weitgehenden Fehlens an den Standorten der Agro-Gentechnik ist das schon ein gewagte Aussage aus den schicken Büroetagen der Hauptstadt ...

Die Ausgrenzungsspielchen wiederholten sich 2010 rund um das BASF-Amflorfeld in Zepkow (Mecklenburg-Vorpommern). Während grüne Spitzenleute spalteten, traten sie als imaginäres „**wir**“ der Gentechnikgeg-

nerInnen auf und wollten vermeintlich ein „**breites Bündnis**“ bilden. Breit, aber mit Ausgrenzungen?

Ulrike Höfken, agrar- und verbraucherpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, und die brandenburgische Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm laut Telepolis am 31.7.2005¹⁹ Die kritischen Diskussionen zum Thema Agrogentechnik sind richtig und gut. Die Initiativen und Aktionsgruppen müssen aber Sorge tragen, dass Felder und Einrichtungen nicht zerstört werden. Ein guter Protest wird sonst durch die falschen Mittel diskreditiert. Deswegen lehnen wir nachdrücklich Aktionen ab, die Zerstörungen zur Folge haben und rufen stattdessen zu einer intensiven öffentlichen Diskussion auf. Seit Jahren beschwören CDU/CSU und FDP bei jeder Gelegenheit Feldzerstörungen geradezu herbei, um ihre Geheimhaltungspolitik bei der Standort-Veröffentlichung von Genfeldern besser rechtfertigen zu können. Wer in die schwarz-gelben Fettnäpfchen tritt, erweist besonders dem Ziel eines transparenten Standortregisters einen Bärendienst und handelt klar gesetzeswidrig. Verbesserungen werden so nicht erreicht, sondern behindert. Wir warnen davor, Feldzerstörungen als Anlass zu nehmen, pauschal Gentechnik-Kritiker zu verleumden. Auf Risiken durch die Gentechnik weisen nicht nur Umwelt- und Verbraucherorganisationen, sondern auch renommierte Wissenschaftler hin. Es ist eine Unverschämtheit der CDU diese Menschen und Renate Künast quasi als Wegbereiter für die Zerstörungen von Feldern zu diffamieren.

Christian Prasser, Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (NDR-online am 9.7.2010)²⁰ Die Grünen distanzieren sich von der Feldzerstörung. Das Landesvorstandsmitglied Christian Prasser erklärte: „Das ist nicht das geeignete Mittel. Wir brauchen politische Lösungen.“ Zerstörungen würden nur Skepsis bei den Bürgern bringen. Auch könnten die Genveränderungen durch die einzelne Pflanzenteile noch eher in die Umwelt getragen werden.

Stellungnahme von Prasser nach Kritik an seiner Distanzierung (Mail am 12.7.2010)

Wir wollen in M/V ein breites Bündnis an Gentechgegnern formieren und dass werden wir nur schaffen wenn wir uns von solchen Maßnahmen distanzieren. (im übrigen wurden die Kartoffeln nicht zerstört sondern heraus gerissen und wachsen in den nächsten Jahren wohl auf benachbarten Feldern, dass kann nicht unser Ziel sein). Viele Beispiele haben gerade hier in MV gezeigt, dass der politische Widerstand Bäume ausreißen kann. In den letzten Jahren haben wir einige Projekte von internationaler Bedeutung erfolgreich politisch bekämpfen bzw. stoppen können. Beispiele sind das Bombodrom oder auch das Steinkohlekraftwerk in Lubmin. Diese auflebenden demokratischen Strukturen möchten wir nicht gefährden. Des weiteren habe ich vor der DPA auch Verständnis für die Feldbefreier geäußert und sie nicht diffamiert. Im Kampf gegen Windmühlen ist es durchaus menschlich dass man hier und da zu Verzweilungstaten greift, die niemandem weh tun. Aber, unser Widerstand ist und bleibt politisch!

Doch die Grünen als Pro-Gentechnik-Partei abzustempeln, wäre unverdient. Zwar war die Regierungsbilanz auf Bundesebene und insbesondere das Wirken der Vorzeigegrünen Künast desaströs, damit ihr Auftreten auch schlicht ungläubwürdig. Doch auf regionaler und lokaler Ebene sowie vor allem dort, wo die Grünen nach wie vor in der Opposition verharren, ist das Bemühen um konsequent gentechnikfreie Zonen und gesetz-

17 Bundestagsdrucksache 16/3395 vom 13.11.2006

18 www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20631/1.html

19 siehe Fussnote

20 <http://ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/amfloradiskussion104.html>

21 www.gruene-fraktion-bayern.de/cms/forschung_und_hochschule/dokbin/347/347787.drs_165474__dringlichkeitsantrag__nulltole.pdf



Fotos: Zweimal Feldbefreiung am Amflorfeld der BASF in Zepkow. Ein Hektar wurde unerkannt zerstört (oben), eine weitere angekündigte Feldbefreiung erregte Aufmerksamkeit und die Polizei (unten).

Im Vergleich: Trittin und die Atomenergie

1998 kamen die Grünen an die Schaltel der Bundespolitik. Das Thema Atomenergie war damals mindestens so klarer Teil des Parteiprogramms wie heute die Agro-Gentechnik. Aber was geschah? Rot-Grün schloss einen Vertrag mit den Konzernen („Atomkonsens“), der die Laufzeit für so viele Jahre garantierte, dass – wie ja dann 2010 auch geschehen – eine Nachfolgeregierung alles wieder ändern konnte. Außerdem rief Bundesumweltminister Jürgen Trittin die Grünen auf, sich nicht weiter an Casfortprotesten zu beteiligen. Nach seiner Zeit als Realpolitiker an der Macht beteiligte sich Trittin wieder selbst am Protest, den er ehemals nicht wollte.



liche Regelungen oft und ehrlich vorhanden. Sogar mitunter auf Landesebene: So brachten die Bayrischen Grünen einen Dringlichkeitsantrag²¹ in den Landtag ein. Für Mecklenburg-Vorpommern forderten die dortigen Grünen:²² *„Um weiter positive Meldungen aus dem Bereich der Öko-Landwirtschaft verbreiten zu können, muss das Backhaus-Ministerium endlich eine klare Linie zum Thema Agro-Gentechnik einschlagen“*. Fast überall verbleibt Unwissenheit über die Forschungsfelder. Während MON810 und Amflora immer umfangreiche grüne Proteste hervorriefen, blieben die wichtigste Gentechnik-Versuchsanlage am AgroBioTechnikum und der Gentechnik-Streichelzoo von Landes- und Bundesgrünen weitgehend unbeachtet.

SPD – die Weiß-nicht-Partei

Ein Kapitel über das Verhältnis der SPD zur Agro-Gentechnik zu schreiben, fällt schwer. Es gibt einige ausgewiesene KritikerInnen und ebenso klare BefürworterInnen. Einzelne ParteigenossInnen agieren in den Seilschaften, aber die meisten wechseln ihre Position wie andere die Regierungsverantwortlichen. Ihr Chef, Ex-Umweltminister Sigmar Gabriel, fand eine besondere Lösung: Nein zu fremder, ja zu deutscher Gentechnik! So steckte es in Formulierungen, die er im Frühjahr 2009 nur wenige Tage getrennt von sich gab.²³ Insgesamt sind die BefürworterInnen prägend, bereits in der Opposition. Rückt die SPD wieder auf die Regierungsbänke, fallen ohnehin kritische Äußerungen schnell hinten runter. Die im vorherigen Kapitel beschriebenen Pro-Gentechnik-Entscheidungen zu rot-grünen Regierungszeiten sind ja auch der SPD anzurechnen. Völlige Einseitigkeit zeigte die Partei im Bundestagswahlkampf 2009 mit der Normierung eines eingefleischten Anhängers von Großlandwirtschaft und Gentechnik als Kandidat für den Agrarminister.²⁴

Die wichtigste Figur in der SPD-Gentechnikdebatte ist Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschafts- und Umweltminister Till Backhaus. Der regiert nicht nur im Land des größten deutschen Freisetzungszentrums, dem AgroBioTechnikum, sondern dieser Knotenpunkt der Seilschaften ist auch auf seinem Mist gewachsen. Er hat sich jahrelang dafür stark gemacht, viel Geld hineingestopft und den Laden mehrfach vor dem Ruin gerettet. Agro-Gentechnik in Mecklenburg-Vorpommern war vor allem Backhaus-Technik. Darüber kann auch nicht die Kritik des Ministers am berühmten Amflorafeld hinwegtäuschen. Denn Backhaus wie auch Grüne, die meisten Umwelt- und Bioanbauverbände verschwiegen bei ihrem Protest gegen die BASF-Kartoffel die bundeslandeigene Agro-Gentechnik oder lobten sie sogar im gleichen Atemzug. Irgendwie ist das typisch SPD: Das herzerfrischend kräftige ‚Jein‘. Backhaus forderte am 29. April 2009, die Ausbringung der Amflora-Kartoffel in Bütow zu untersagen, da die Fläche mit 20 Hektar zu groß sei.²⁵ Wenige Tage später lobte derselbe Minister die Gentechnikversuche in seinem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern:²⁶ *„Wir bekennen uns eindeutig zum Forschungsstandort Groß Lüsewitz“*. Dort steht 13mal mehr Fläche für die Gentechnikversuche zur Verfügung. So kreierte er die landeseigene Variante des schlechten Vorbilds einer Einteilung in böse US-amerikanische und gute deutsche Gentechnik. Jetzt war die deutsche Gentechnik doof, aber die mecklenburg-vorpommersche ganz toll.

Gentechnik nötig wegen Wirtschaftswachstum, auf: topagrar am 25.5.2009²⁷

Zwar stehe außer Frage, dass dem Schutz von Mensch und Umwelt oberste Priorität eingeräumt werden müsse, sagte der Minister. Darüber hinaus dürfe man jedoch jetzt nicht Wege verbauen, aus denen in Zukunft neue Möglichkeiten für Wachstum und Beschäftigung resultieren könnten, betonte der SPD-Politiker. Vor allem in Ostdeutschland könne der Einsatz der Biotechnologie Impulse für die weitere wirtschaftliche Entwicklung geben.

MVregio am 8.5.2009²⁶

„Wir bekennen uns eindeutig zum Forschungsstandort Groß Lüsewitz“, sagt Minister Backhaus. Das beinhaltet die ausdrückliche Zusage, dass auf den insgesamt 260 Hektar landwirtschaftlichen Flächen, die vom Land für die Entwicklung des Agrobiotechnikums bereitgestellt sind, der Anbau von transgenen Pflanzen unter den geltenden strengen Sicherheitsvorgaben gestattet ist und bleibt. Groß Lüsewitz soll ein wichtiger Pfeiler der Agrarforschungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern bleiben.

In einer Telefonfragestunde, dokumentiert im Rostocker Blitz²⁸ Sich der Erforschung der Möglichkeiten der Grünen Gentechnik zu verschließen, bedeutet also, sich selbst seiner Zukunft zu berauben. Wer einen Zeitraum von etwa 50 Jahren nicht vorausdenken kann, sollte sich aus Politik und Wirtschaft raushalten. Was die Gegner des technischen Fortschritts bereits vor 150 Jahren befürchteten, ist heute allgemein eingetreten, wird aber akzeptiert. Eisenbahn, Auto, Flugzeug, Telefon und vieles mehr haben die Umwelt seither ständig verändert.

Kann mensch von Glück sagen, dass Backhaus nicht auch Atomkraft eingefallen ist? Oder all die Gentechnikerfindungen, die sich wegen des Protests zum Glück nicht, nicht überall oder nur verzögert durchsetzen wie Terminortechnologie oder Reproduktionskontrolle?

Doch die Sache scheint veränderbar. Mecklenburg-Vorpommern ist das Bundesland, in dem lokaler²⁹ und direkter Widerstand an einer Gentechnikhochburg Wirkung zu zeigen beginnt. 2010 verabschiedete die SPD, der Backhaus angehört, einen Entwurf für das nächste Wahlprogramm. Darin wird das komplette Aus der Agro-Gentechnik gefordert, auch der Forschungsfelder. Gentechnikfan Till Backhaus war Profipolitiker genug, um seine Fahne in den neuen Wind zu hängen.

Natürlich hat so eine große Partei wie die SPD auch ihre Leute in den Seilschaften. Till Backhaus selbst war ja oft dabei, weil er sein Baby AgroBioTechnikum verkaufen wollte. Geradezu Prototyp einer Seilschafferin ist die SPD-Bundestagsabgeordnete Doris Barnett. Auf ihrer Internetseite der SPD-Fraktion im Bundestag spricht sie sich eindeutig für die Agro-Gentechnik aus:³⁰ *„Wichtig ist mir außerdem die Investition in Zukunftstechnologien. Es liegt in unserer Verantwortung, nicht den Anschluss an künftige Entwicklungen zu verpassen. ... deshalb plädiere ich auch für die Erforschung der Pflanzenbiotechnologie in Deutschland: damit wir mitreden und mitentscheiden können, wenn in dieser Zukunftstechnologie künftig weltweit Standards gesetzt werden.“* Sie war bei BASF beschäftigt, vertritt den dortigen Wahlkreis und agiert in entsprechenden Seilschaftsvereinen (siehe Kasten auf Folgeseite).

Wer so für die Agro-Gentechnik kämpft, verdient sich Lob von BASF. Das blieb auch nicht aus, so geschehen am 26.5.2009 bei einem Treffen auf Einladung der SPD-MdBlerin:³¹ *„Der Betriebsratsvorsitzende der BASF, Robert Oswald, zeigte sich erfreut über den beharrlichen Einsatz von Do-*

- 22 MVregio am 12.2.2010: www.mvregio.de/nachrichten_region/335321.html
- 23 www.projektwerkstatt.de/gen/filz/lesefenster/deutsch.html
- 24 http://blogs.taz.de/saveourseeds/2009/07/30/spd_geht_mit_agrarsprit_und_gentechnikapostel_ins_rennen/
- 25 MVregio: www.mvregio.de/nachrichten_region/sn/205310.html. ddp-Text: www.charivari.de/nachrichten/nachrichten_detail.php?nachrichten_id=128659
- 26 www.mvregio.de/nachrichten_region/mittleres_mecklenburg/35556.html
- 27 www.topagrar.com/index.php?option=com_content&task=view&id=11369&Itemid=519
- 28 2009, genaues Datum unbekannt
- 29 Offener Brief eines Feldnachbarn an Till Backhaus im September 2010
- 30 www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,20400,00.html?wp=14&mbid=278
- 31 http://barnett.hv-media.com/index.php?option=com_content&view=article&id=108:schutzschirm-fuer-arbeit-parlamentarischer-staatssekretaer-klaus-brandner-wolfgang-van-vliet-und-doris-barnett-diskutieren-mit-betriebsraeten-&catid=36:presse&Itemid=48

SPD-MdB Doris Barnett in ihrem Bericht 2005-2008:⁹ „Die BASF Plant Science ist auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes, der Pflanzenzüchtung, aber auch der Genforschung ganz vorne mit dabei. Bei verschiedenen Terminen und Besuchen habe ich diese Forschungseinrichtung in Limburgerhof und deren Tätigkeitsfelder Interessierten bekannt gemacht. Ich setzte dabei auf einen Dialog zwischen Gegnern und Befürwortern der Gentechnik. Vor dem Hintergrund der Zukunftsprobleme – wachsende Weltbevölkerung und schrumpfende Ener-

gievorräte – müssen wir zu einer für alle Seiten akzeptablen Lösung kommen. ...

Es ist mir wichtig, dass das Thema Pflanzenbiotechnologie sachlich diskutiert wird. Deshalb interessiere ich mich auch für die Forschung auf diesem Gebiet, um möglichst viele Informationen zu sammeln, auf deren Grundlage dann diskutiert und entschieden werden kann. Das ist auch der Grund, warum ich die Patentschaft für ein Versuchsfeld der ‚Amflora‘-Kartoffel in Brandenburg übernommen habe. Ich meine: nur wenn wir uns mit dieser Technologie sachlich auseinandersetzen und für hohe Standards sorgen, können wir auf die künftige Entwicklung Einfluss nehmen. Eine Verweigerung in Deutschland oder gar Europa wird diese Technologie nicht verhindern – aber sie wird uns von ihr abschneiden, uns jede

Mitwirkung und Einflussnahme bei zukünftigen Entwicklungen nehmen.“

Immer wieder brachte Barnett Gäste ins Gentechnikzentrum der BASF: „Besonders interessant war für die griechischen Abgeordneten der Besuch im Agrarzentrum der BASF in Limburgerhof, wo sie sich über die Möglichkeiten der Bio-Technologie und des Pflanzenschutzes informierten.“ (Bericht, S. 25)

Tagesberichte im Internet 14.-17. Mai 2010:⁹ „Am Samstag begleite ich Mit-

Im Porträt: Doris Barnett

glieder des Stadtrates Schifferstadt und Ausschussmitglieder zur ‚Plant Science‘ in Limburgerhof. Hier erhalten sie einen Vortrag zum Thema ‚Moderne Pflanzenzüchtung‘, was auch das Thema Grüne Gentechnik mit umfasst. Natürlich schauen wir uns im Pflanzenhaus auch die so gezüchteten Pflanzen an. Gelegenheit zu Nachfragen jeglicher Art gibt es auch reichlich. Dr. Schmidt, der sich für uns an diesem Tag Zeit genommen hat, geht keiner Frage aus dem Weg, besonders wenn er darauf angesprochen wird, dass es der BASF wohl um ‚Geld verdienen‘ geht – wie nebenbei jedem Bayern, jedem Arbeitnehmer auch.“ Am 15. April 2010 ging es zusammen mit den Jusos zu BASF Plant Science.

17.-24.2.2010: „Mit Klaus Hagemann werde ich mich demnächst mal

mit IG BCE-Vertretern und dem Betriebsrat der BASF zusammensetzen; es geht um die Forschungsförderung.“

Doch Doris Barnett ist nicht nur Gentechnikbefürworterin im Parlament. Sie ist klassische Seilschafferin. So war sie bei Vorbereitungstreffen zur Gründung des ‚Forum Grüne Vernunft‘ dabei, wurde in der BASF-Stadt geboren, hat ihren Wahlkreis dort und arbeitete früher in der Rechtsabteilung des Konzerns. Sie sitzt im SPD-Stadtvorstand von Ludwigshafen und im Landesvorstand, ist Naturfreunde-Landeschefin und bei der Siedlergemeinschaft BASF-Notwende. Im Bundestag sitzt das BASF-Sprachrohr im passenden Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und ist stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Wirtschaft & Technologie der SPD-Bundestagsfraktion. Passend zu solchen Geflechten ist ihre Mitgliedschaft in der ‚Global Panel Foundation‘. Immerhin ist sie stellvertretende Sprecherin¹⁰ dieses seltsamen Verbandes, der laut Wikipedia¹¹ nicht viel anderes macht als Seilschaften zu organisieren: „Die Global Panel Foundation ist eine meist aus dem Hintergrund agierende internationale Gruppierung von Vertretern aus den Bereichen Public Policy, Wirtschaft und Wissenschaft. Ihr Ziel ist es, die internationale Kooperation in Hinblick auf Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse zu fördern. Hierzu organisiert sie Public Policy luncheons und Din-

ners, Studentenforen und Initiativen. Zweck dieser Veranstaltungen ist es, ihren Teilnehmern einen Rahmen zu bieten, sich über Problemstellungen und Verfahrensstrategien aktueller gesellschaftlicher Fragen auszutauschen.“

Im April 2010 schickte Doris Barnett zunächst einen Brief an Ministerin Ilse Aigner mit der Bitte, die Amflora durchzuwinken, und redete sich dann etwas zusammenhanglos in Rage – eine wunderschöne Stafette von angemahnter Sachlichkeit zu ideologischer Rhetorik pur: „Die Art und Weise, mit der man hierzulande Stimmung macht, hat für mich wenig mit Sachlichkeit zu tun. Und das ist ein Spiel mit Ängsten zu tun. Und das ist meiner Meinung nach schädlich für den Industriestandort Deutschland. Denn wer so naiv ist und sagt, die Forschung dürfe und solle natürlich hierzulande erfolgen, aber die Anwendung auf keinen Fall, der glaubt auch noch an den Nikolaus! Die Forschung geht doch dahin, wo auch ihr Ergebnis angewendet werden kann!“

Bericht über ein Vorbereitungstreffen zur Gründung des Forum Grüne Vernunft am 31.5.2010 in Frankfurt: „Dann gleich wieder zurück ins Büro, weil ich gegen 13:30 Uhr abgeholt werde für eine Sitzung in Frankfurt. In einem kleinen Kreis von Experten überlegen wir, wie die Diskussion um Biotechnologie, insbesondere die Grüne Gentechnik und die Nanotechnologie, so verständlich und zu-

gänglich gemacht werden kann, dass man endlich mal sachlich und ohne Polemik das Für und Wider dieser Zukunftstechnologien besprechen kann. Ich habe große Befürchtungen, dass wir gerade dabei sind, die Spitzentechnologie – und wir sind hier weltweit führend – aus unserem Lande zu jagen. Anschließend haben alle die Gegner natürlich keine Bedenken, die Produkte bzw. Ergebnisse bei uns zu lassen. Oder habe ich schon jemals die Aufforderung zum Verbot von Argentinischem Rindfleisch gehört, weil die Rinder dort mit genteverändertem (also eiweißreichem) Sojaschrot gefüttert wurden? Na ja, manchmal denke ich, dass sich eine solche Haltung nur ein Land und eine Gesellschaft leisten kann, das im Überfluss lebt und genug Geld hat, sich alles zu leisten. Eigentlich haben wir es einfach, denn gerade in unserer Region können wir uns leicht informieren und auch mit Fachleuten diskutieren, weil die Forschungseinrichtungen ja vor unserer Haustüre liegen.“

Fußnoten zum Kasten

- http://barnett.hv-media.com/download/Taetigkeitsbericht_Doris_Barnett_08%20.pdf (S. 16)
- Zitate aus Berichten von der Internetseite <http://barnett.hv-media.com>.
- Angaben zur Person ebenfalls auf <http://barnett.hv-media.com>.
- www.globalpanel.org/english/profile/Board%20Members/
- http://de.wikipedia.org/wiki/Global_Panel_Foundation

ris Barnett in dieser Debatte und warnte davor, dem Standort schweren Schaden zuzufügen, indem eine High-Tech-Branche politisch stigmatisiert werde.“ Allein ist Barnett nicht. Manfred Püchel,³² Ex-Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag und früherer Minister in Sachsen-Anhalt, war Gast beim großen Seilschaftentreffen am InnoPlanta-Forum 2009 in Üplingen.

Daneben aber gibt es auch SPD-AmtsträgerInnen, die sich gegen die Agro-Gentechnik aussprechen – überwiegend dann aber mit der schon von den Grünen bekannten Ausblendung bei den Forschungsfeldern. Die Auskreuzungsnachrichten von 2009 und 2010 erhöhten aber, ähnlich wie bei der CSU schon zuvor, die Neigung zur vollständigen Ablehnung. Die SPD-Abgeordnete Svenja Schulz, seit Juli 2010 Wissenschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen, schrieb auf ihrer Homepage:³³ „Sie reden von Koexistenz und wissen noch nicht einmal, welche Gefahren von der Freisetzung dieser gentechnisch veränderten Pflanzen ausgehen. Sie setzen Pflanzen in die Umwelt und wissen nicht, was damit passiert.“

Linke? Naja ...

In ihrer Regierungszeit in Mecklenburg-Vorpommern wurde das AgroBioTechnikum gegründet und mit Fördermillionen – auch vom Land – hochgepäpelt. Die Linke, vor allem in Person ihres Landwirtschaftssprechers Fritz Tack, verteidigte das Projekt auch Jahre danach noch – wenn sie überhaupt etwas sagte. Meist war von ihr bei Protesten nichts zu sehen. ‚Jein‘-SagerInnen zur Agro-Gentechnik sind bei dem Linken oft zu finden, zum Beispiel die typische Position zu Forschungsfeldern. Tack „forderte, dass die Grundlagenforschung nicht an Konzerne gebunden sein dürfe – sie müsse unabhängig sein. Zu den gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen von genveränderten Organismen in Futtermitteln lägen noch keine Langzeitstudien vor. Eine Bewertung des Nutzens transgener Pflanzen sei darum noch nicht möglich.“³⁴ Verbreitet ist die Tradition der Distanzierung von direkten Formen des Protestes an und auf den Feldern. Nach der Teil-Zerstörung von Genfeldern im Mai 2009 am AgroBioTechnikum pöbelte Tack ohne jegliche Prüfung der Abläufe gegen vermeintliche Gewalttäter. Kritische Nachfragen von gentechnikkritischen AkteurInnen beantwortete er nicht.

DIE LINKE.

- http://de.wikipedia.org/wiki/Manfred_P%C3%BChel
- www.svenja-schulze.de/
- Aus einem Bericht auf NDR am 18.6.2009: www1.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/gentechnik110.html

Die Linke in Sachsen-Anhalt, der zweiten und immer noch anhaltenden Agro-Gentechnik-Hochburg unterstützte die Technik meist. Das tat auch die von dort stammende, forschungspolitische Sprecherin Petra Sitte, die inzwischen im Bundestag sitzt. Auf ihrer Internetseite³⁵ fanden sich Werbetexte der Art: „**Bemerkenswert ist, dass der Forschungsstand an neuen gentechnisch veränderten Pflanzen keinerlei Anlass zu euphorischer Grundstimmung bietet. ... Es geht nicht nur um die ich-bezogene Frage, wie man es mit der grünen Gentechnik hält, sondern auch um die Entscheidung über den Umgang mit gesellschaftlichen, mit öffentlich geförderten Ressourcen. Da ist der Feststellung zuzustimmen, dass man nicht über Jahre zig Millionen in die Forschung stecken kann, um dann am Ende die Umsetzung bzw. das Inverkehrbringen zu verbieten!**“ Kritik daran kam von der Ökologischen Plattform, die innerparteilich aber wenig Einfluss hat.

Da Politik Opportunismus ist und der mecklenburgische Widerstand durch direkte Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit rund um zwei Standorte (AgroBioTechnikum und Amflorafeld) immer intensiver wurde, schwenkte Fritz Tack Ende August 2010 wie andere PolitikerInnen auf Gegenkurs zur Gentechnik:³⁶ „**Tack kündigte an, dass seine Fraktion auf der kommenden Landtagssitzung einen Antrag einbringen wird, der die Landesregierung auffordert, die risikoreiche Grüne Gentechnik zu verhindern und Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch gentechnikfrei wirtschaftende Landwirte zu schützen.**“ Doch kurz danach verfiel Tack wieder in den klassischen Modus: Nein zur Gentechnik, deshalb mehr Gentechnik. Widerspruchsvoll formulierte er am 15.9.2010:³⁷ „**Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass es eine wirkliche Koexistenz und Wahlfreiheit zwischen gentechnisch veränderten Pflanzen und herkömmlichen Sorten nicht geben kann**“, aber „**es ist dringend erforderlich, die unabhängigen Sicherheitsforschungen weiter auszubauen**“.

Zentrale Figur des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zu Gentechnikfragen ist Marianna Schauzu. Sie ist Teil der Seilschaften (früher im BVL) und winkt in Genehmigungsverfahren die Anträge im Namen des BfR durch. Gleichzeitig ist sie Funktionärin der Partei Die Linke in Berlin, jedoch zu anderen Themengebieten. Ihre Position:³⁸ „**Die Gentechnik ist nicht mehr als eine Erweiterung des Methodenspektrums der Züchtung auf molekularer Ebene, mit dem Vorzug der sehr gezielten Eingriffsmöglichkeit. ... Weiterentwicklung traditioneller Züchtungsmethoden**“.

Erschreckendes fand sich im Quasi-Parteiblatt Neues Deutschland³⁹ – nämlich ein Jubelartikel zur Agro-Gentechnik mit dem „**Experten**“ Johannes Bergler. Der aber war als Mitarbeiter eines gentechnikbetreibenden Fachbereiches der Uni Erlangen nur Lobbyist in eigener Sache.

auf den Widerstand ankommt. Aigner, Seehofer und andere sind OpportunistInnen, die ihre Fahne in den Wind hängen. Den aber machen in Bayern seit Jahren die GentechnikgegnerInnen.

Die wichtigsten Figuren in der ganzen Propagandaschlacht um verlorenes Terrain bei den WählerInnen sind die FachministerInnen auf Bundes- und Landesebene, Ilse Aigner und Markus Söder, sowie der Parteichef Horst Seehofer. Ihre Zungen sind tief gespalten. So verbot CSU-Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner zwar im April 2009 den MON810, kämpfte aber vor- und nachher für die Agro-Gentechnik – bevorzugt die aus Deutschland. Sie bezog am 20.5.2009 gemeinsam Position pro Gentechnik⁴⁰ mit Forschungsministerin Schavan, befürwortete Forschungsfelder und ließ durch Behörden ihres Ministeriums neue Felder anlegen, nämlich die Versuchsfelder von Julius-Kühn- und Von-Thünen-Institut. Zudem startete sie ein neues Förderprogramm zur Entwicklung von Energiepflanzen, das auch biotechnologische Entwicklungen einschloss.⁴¹ Als Freisetzung getarnte Saatgutgewinnungsfelder für Amflorakartoffeln wurden von ihr durchgewunken. Sie akzeptierte zudem wie ihre VorgängerInnen die Personalzusammensetzung und gentechnikfreundlichen Entscheidungen des ihr unterstehenden BVL und ZKBS, JKI und BfR.

*Ilse Aigner im Interview mit dem Deutschlandfunk am 10.1.2010⁴²
Wo steht die CSU bei der Gentechnik?*

Aigner: Also, es werden immer verschiedene Belange letztendlich hier durcheinander geworfen. Grundsätzlich bin ich vorher und auch jetzt noch der Meinung, dass ein Land forschen muss in jedem Bereich. Forschung muss sein. Ich will mir nicht von anderen Ländern irgendwann erklären lassen, wo hier letztendlich die Reise hingehen kann. Und insbesondere, was die Sicherheitsforschung betrifft, glaube ich auch nicht, dass wir uns allein auf die Ergebnisse der Hersteller verlassen sollen, sondern das ist auch die Frage, die ein Land selbst erforschen muss ... Die zweite Frage – die letzte Zulassung auf der europäischen Ebene: Da ist es um einen Futtermittel-Import, nicht um den Anbau gegangen. Das sind auch zwei Paar Stiefel. ... Reimer: Im schwarz-blau-gelben Koalitionsvertrag, Frau Aigner, haben Sie außerdem mit der CDU und der FDP vereinbart, dass die Zulassung der Gentec-Kartoffel Amflora für den kommerziellen Anbau unterstützt werden soll. Warum?

Aigner: Die Amflora ist wieder ein anderes Konstrukt wie ein Mais. Hier geht es um eine reine Stärkekartoffel ...

Reimer: ... die aber eine Antibiotikaresistenz eingebaut hat, was viele bedenklich finden, weil sich das als Resistenz in der Umwelt verbreiten könnte.

Aigner: Ja, aber die Frage ist, ob es in den Futtermittelkreislauf kommt. Und hier habe ich die Zusicherung der Firma, falls das Futtermittel die Zulassung auf europäischer Ebene überhaupt bekommen wird, dass es in Deutschland definitiv weder als Futtermittel noch als Lebensmittel irgendwo eingesetzt wird. ...

Reimer: Kritiker sagen, dass Sie mit der Genehmigung des großflächigen Versuchsbaus von Amflora BASF die Gelegenheit geben, vermarktungsfähiges Saatgut zu produzieren.

Aigner: Also, großflächig ist natürlich alles relativ. Ich habe das übernommen, da haben die schon einen 150 Hektar genehmigten Versuch gehabt. Ich hab's runter gehandelt auf 20 Hektar, ringsherum eingezäunt, 24 Stunden bewacht und mit einer Durchgangskontrolle über mehrere Jahre. Also, da sind alle Sicherheitsmaßnahmen ergriffen worden. Und 20 Hektar ist ein Feld von 400 x 500 Meter. Also, ob man da jetzt von großflächig reden kann, weiß ich nicht.

35 www.petra-sitte.de/index.php?id=44

36 www.mvregio.de/nachrichten__region/431317.html

37 www.mvregio.de/mvrl/433295.html

38 Aus ihrem Text „Gentechnikkritik oder ‚Hilfloser Antikapitalismus?‘“ in: SPW 72/1993 (S. 16 f.)

39 Ausgabe vom 29.5.2010 (S.20): www.neues-deutschland.de/artikel/171883.revolution-auf-dem-acker.html?action=print

40 <http://de.reuters.com/article/domesticNews/idDEBEE54J0G920090520>

41 www.fnr.de/

42 www.dradio.de/dlff/sendungen/idw_dlf/1101682/



CSU: Ja! Ähhh nein! Ähh ...

Während die Linke die Agro-Gentechnik kaum zum Thema macht, ist sie bei der CSU inzwischen zu einem der zentralen Identitätspunkte geworden. Wer allerdings in die Vergangenheit der ParteiführerInnen und FunktionsträgerInnen schaut, merkt, dass hier nicht die Überzeugung, sondern das Kalkül im Vordergrund stehen. Die CSU ist das herausragende Beispiel dafür, dass es nicht auf die Parteifarben, sondern

Die gesamte Agrarpolitik von Ilse Aigner folgt weiter dem Strukturwandel hin zu einer industriellen Landwirtschaft. In einem Interview sagte die CSU-Politikerin:⁴³ „**Jährlich geben rund drei Prozent der Betriebe auf.**“ Dies sei seit Jahrzehnten ein marktwirtschaftlicher Prozess. „**Aufhalten können und wollen wir diese Entwicklung nicht**“, meinte die Ministerin. Das Wort „**wollen**“ in dieser Antwort ist ein deutliches Signal, wohin die Reise auch unter Aigner und dem CSU-geführten Landwirtschaftsministerium geht.

Das alles ist harmlos gegenüber dem Chef der CSU und Meister der Stamtmischpolitik, Horst Seehofer. Dass er aktuell in Folge bayrisch-ländlicher Hartnäckigkeit als Befürworter der gentechnikfreien Landwirtschaft auftritt, ist ebenso nicht als wählerstimmenger Populismus wie seine Hetze gegen Nicht-Deutsche. Tatsächlich trat Seehofer in seiner Zeit als Bundeslandwirtschaftsminister, wo er die Sache hätte regeln können, als Rammbock für die Agro-Gentechnik auf.

Horst Seehofer im Gespräch mit dem Gentechnik-Professor Hans-Jörg Jacobsen beim Zeit-Forum am 29.6.2006⁴⁴

Ich möchte, dass wir die Fragen, auch im Sicherheitsbereich, aber vor allem in der Entwicklungsforschung vorhanden sind, gerade was die nächste Generation der grünen Gentechnik betrifft, durch Forschung in Deutschland, und zwar auch durch Forschung im Freiland, beantworten. ... Wir werden die Trendwende schaffen, miteinander, aber die zehn Prozent dürfen uns nicht stören. ... Ja, aber das hilft ja nix. Resignieren Sie nicht, auf geht's! Wir müssen die Wende schaffen. Man kann nicht hergehen und kann sagen, wir wissen zu wenig da und dort, was ja richtig ist. Die nächste Generation wird furchtbar interessant, nämlich Energie, Wirkstoffe für Pharmaka, möglicherweise auch die Möglichkeit, wie geht man in wasserarme Gegenden, ist das eine Hilfe? Weltweite Hungersnot? Das sind Perspektiven, die müssen wir doch als hochentwickeltes Land erforschen. Ich habe drei erwachsene Kinder. Sollen die alle ins Ausland gehen, wenn sie im Bereich der Naturwissenschaft tätig werden? Oder wollen wir auch in Deutschland für die eine Zukunft zur Verfügung stellen? ... Ich würde nie einem Wissenschaftler widersprechen. ... Ich möchte, dass wir hier die Mentalität in den Köpfen ändern. Ich sage das jetzt nicht blauäugig. Ich habe 1992 damals als Gesundheitsminister begonnen. In der Medizin ging es genauso los.

Seehofers Vorwort zur BVL-Broschüre „Die Grüne Gentechnik“ (2008)⁴⁵

... der Wohlstand Deutschlands beruht zu einem guten Teil auf der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien. Dazu gehört auch die Gentechnik in ihrer ganzen Bandbreite. ... Die von der Bundesregierung beschlossene Hightech Strategie hat einen Schwerpunkt auf Innovationen in der Pflanzen- und Biotechnologie gesetzt. Vor diesem Hintergrund setzt sie bei der Grünen Gentechnik darauf, die Chancen dieser Technologie zu erforschen, mögliche Risiken festzustellen und diese bei ihrem Einsatz zu minimieren. ... Die wissenschaftliche Basis von Entscheidungen kann nicht durch Mehrheitsmeinungen in politischen Gremien ersetzt werden.

Text zur Gesetzesveränderung, in: Junge Welt, 27.11.2006 (S. 9)⁴⁶
Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) will den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen erleichtern, das berichtete die Berliner Zeitung am Wochenende unter Berufung auf ein Eckpunktepapier seines Ministeriums zur Novelle des Gentechnikgesetzes. Seehofer will dem Bericht zufolge die Forschung nicht nur im Labor, sondern auch im Freiland beschleunigen und Haftungsvorschriften ändern. So sollen Wissenschaftler demnach im Falle von Vermischungen von genetisch manipulierten mit konventionellen

Pflanzen nur noch eingeschränkt haften. Ferner soll das Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Beim kommerziellen Anbau sollen bisher vorgeschriebene Informationen im öffentlichen Standortregister eingeschränkt werden. Bislang wurden dort die Äcker mit genveränderten Pflanzen flurstückgenau verzeichnet. Nun soll die Angabe auf die Gemarkung beschränkt werden.

Neben diesen Wendehälsen gibt es explizit gentechnikfreundliche Gruppierungen in der CSU. Das sind zum einen viele CSU-BundespolitikerInnen, die damit beweisen, dass die CSU die Agro-Gentechnik unterstützt, wenn sie nicht vor Ort Druck bekommt. Das von der Landtagsfraktion beschlossene Positionspapier „**Für ein gentechnikanbaufreies Bayern**“ stieß bei der CSU-Landesgruppe im Bundestag auf nahezu einhellige Ablehnung. Die Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler warnte vor einer stimmungsgeliteten Politik im Hinblick auf die Grüne Gentechnik. Die CSU sei gut beraten, fachlich zu argumentieren und ihre Meinungsbildung auf wissenschaftlicher Grundlage vorzunehmen. Das Papier der Landtagsfraktion werde dem nicht gerecht. Ähnlich äußerte sich der agrarpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Max Lehmer. Mit der Forderung nach Verzicht auf jeglichen Freilandanbau ignoriere die Landtagsfraktion die wissenschaftlichen Ergebnisse renommierter bayerischer Forschungseinrichtungen, die keinen Zweifel an der Unbedenklichkeit von Bt-Mais aufkommen ließen, erklärte er. Er zeigte sich besorgt, dass Bayern trotz hervorragender Einrichtungen den Anschluss in der Biotechnologie verlieren könnte und damit Chancen in einer Technologie verspiele, die erhebliche Potentiale für die Zukunft biete.⁴⁷

Doch auch in Bayern zeigten sich Unterschiede. So plädierte der Wirtschaftsbeirat, eine CSU-nahe Unternehmervereinigung, für die Agro-Gentechnik:⁴⁸ „**Da stecken eine Menge Chancen für Bayern drin.**“ Es gehe um den Forschungsstandort und die Wertschöpfung. Aber auch um Ressourcen wie Wasser, Ernährung oder Energien aus nachwachsenden Rohstoffen, sagte Otto Wiesheu (CSU), Ex-Wirtschaftsminister und Chef des Wirtschaftsbeirats. Früher war die CSU in Bayern übersichtlicher – ganz einfach pro Agro-Gentechnik:⁴⁹ „**Auch der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, Josef Miller, schrieb, dass Deutschland und seine Landwirtschaft in die Lage versetzt werden müsse, das in der Grünen Gentechnik liegende positive Potenzial zu nutzen.**“

CDU: Klare Kante pro Gentechnik

Im Gegensatz zur CSU agiert die CDU unverändert deutlich. Gentechnikfans sitzen an den Schalthebeln: Katherina Reiche als Staatssekretärin im Umweltministerium und Annette Schavan als Bildungsministerin. Beide streiten pro Gentechnik, ohne Wenn und Aber! Schavan bildet dabei das Aushängeschild – und ihre Aussagen haben es tatsächlich in sich. Sie preist jeden Fortschritt, will Deutschland weltweit vorn haben – egal in welcher Disziplin. Die immer auf soviel Wissenschaftlichkeit pochende Forschungsministerin glaubt, dass Gentechnik gegen den Hunger helfen könnte,⁵⁰ und schimpft über Landwirte, die ihre tollen Forscher in Frage stellen.

43 Neue Osnabrücker Zeitung am 10.5.2010: www.neue-oz.de/information/noz_print/interviews/20100507-caigner.html

44 www.zeit.de/2006/28/wissenschaftsforum?page=2

45 www.bvl.bund.de/nm_491798/DE/08_PressInfothek/03_Informationen/01_BVL_Broschueren/BVL_gentechnik_templateId=raw,property=publicationFile.pdf/BVL_gentechnik.pdf

46 www.jungewelt.de/2006/11-27/003.php

47 Quelle: „CSU in Gentechnikfrage gespalten“, auf top agrar am 10.5.2010 (www.topagrar.com/index.php?option=com_content&task=view&id=18226&Itemid=519)

48 Quelle: „Plädoyer für Grüne Gentechnik“ in: Welt Online, 11.7.2010 (www.welt.de/die-welt/regionalen/muenchen/article8407506/Plaedoyer-fuer-gruene-Gentechnik.html)

49 Presseinformation des Deutschen Bauernverbandes am 8.1.2004: www.openpr.de/news/26491/Laenderagrarminister-unterstuetzen-Bauernverband-bei-Gruener-Gentechnik.html

50 Am 8.6.2010: <http://blogs.taz.de/saveourseeds/2010/06/08/>

Diskussionspapier des BMBF (Annette Schavan) zum Runden Tisch Gentechnik (Treffen vom 22.7.2009)⁵¹ Methodenoffenheit bedeutet, dass das gesamte Spektrum der zur Verfügung stehenden Methoden geprüft und dabei der Beitrag einzelner Technologien – wie z.B. der Grünen Gentechnik – vorbehaltlos und ergebnisoffen im Vergleich auch zu anderen Forschungsansätzen diskutiert werden muss. ... Pflanzenbiotechnologie besitzt dabei das Potenzial, alle Formen der Pflanzennutzung zu unterstützen: konventionelle Landwirtschaft, Landwirtschaft mit gentechnisch verbesserten Sorten und ökologischen Landbau. Grüne Gentechnik wird dabei weiterhin eine wichtige Rolle einnehmen. ... Allerdings fließen die Ergebnisse der Biologischen Sicherheitsforschung noch immer nicht ausreichend in die öffentliche Diskussion und Bewertung der Grünen Gentechnik ein. Hier müssen neue, vertrauensbildende Maßnahmen entwickelt werden.

Aus einem Interview der FAZ, 12.7.2010⁵²

Wer einmal – wie ich zwei Wochen vor der Bundestagswahl auf dem Marktplatz von Ulm – vor sechstausend Gentechnikgegnern geredet hat, der weiß, dass wir noch ein großes Stück Überzeugungsarbeit zu leisten haben.

Zitiert in „Die Macht der Bauern“; in: Freitag, 29.4.2009 (S. 4)

Wir können bei der grünen Gentechnik nicht nach dem Motto verfahren, Forschung ja, aber Anwendung nein ... wir verpflichtet sind, den Hunger in der Welt mit Hilfe gentechnisch veränderter Pflanzen zu bekämpfen.

Spruch auf einer Veranstaltung am 20. Juli 2007 in Ehingen⁵³

Es darf doch in Deutschland nicht so weit kommen, dass man einem Landwirt mehr glaubt als einem Forscher.

Doch in der Partei gibt es nicht nur Annette Schavan. Befürwortung ist überall zu hören und zu lesen – vom offiziellen Wahlprogramm bis zu Aussprüchen der Bundeskanzlerin. Recht offensiv für die Agro-Gentechnik warb in der Vergangenheit Katharina Reiche, eine Diplom-Chemikerin aus Potsdam, die seit 1998 im Bundestag sitzt. In ihrem Wahlkreis liegt das Max-Planck-Institut für molekulare Pflanzenphysiologie in Potsdam-Golm, das laut Reiche „europaweit als eine der bedeutendsten Einrichtungen der Genforschung“ gilt.⁵⁴ In der schwarz-gelben Regierung stieg sie zur Staatssekretärin im Umweltministerium auf – ein für die Gentechnik-Seilschaften wichtiger Posten, denn von dort könnte die letzte kritische Bundesbehörde, das Bundesamt für Naturschutz, zum Schweigen gebracht werden. Reiche ist da eindeutig:⁵⁵ „Von der Bundesregierung erwarte ich deshalb ein klares Signal, dass Deutschland weiter auf das Thema setzt.“ Und fügt an:⁵⁶ „Deutschland muss endlich die Chance ergreifen und in die Zukunftsbranchen einsteigen, damit es in unserem Land wieder aufwärts geht. Weltweit werden schon rund 80 Mio. Hektar gentechnisch gezüchteter Sorten angebaut, ohne dass ein Sicherheitsrisiko oder Schäden aufgetreten wären. Die weltweiten Erfahrungen und auch der im letzten Jahr in Deutschland durchgeführte Erprobungsanbau zeigen, dass ein ungestörtes Nebeneinander von konventionellem, ökologischem und gentechnischem Anbau möglich ist.“ Im Bundestagswahlkampf 2005 bezeichnete sie GentechnikgegnerInnen als „Bioterroristen“ und prangerte deren angebliche Duldung durch die rot-grüne Regierung als Skandal an.⁵⁷ „Rot-Grün“ würde die Gentechnik behindern, weil diese mit Zukunftsängsten Wahlkampf machen wollten. Das MON810-Verbot lehnte sie ab:⁵⁸ „Ich habe für ein Verbot überhaupt kein Verständnis.“ Reiche, die auch stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU ist, hat einige Führungssämter in Industrievereinigungen. Sie sitzt im

Kuratorium der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke“, im Beirat des Dachverbandes der Regionalparks in Brandenburg und Berlin und im Vorstand der Gesellschaft zur Förderung des Unternehmensnachwuchses.

Die Apparate im Zentrum der CDU treten als Unterstützerin der Agro-Gentechnik auf. Nicht immer gilt das auch für einfache Mitglieder oder örtliche Gruppen. In Ausleben, wo die BioTechFarm im Ortsteil Üplingen agiert, stimmte eine Mehrheit aus CDU und Linken gegen das Projekt – natürlich wirkungslos. Aber das ist ja typisch und gilt für alle Parteien ebenso wie für andere Organisationen. Was den Eliten dient, fällt in den Bundes- und oft auch Landesgremien auf fruchtbaren Boden. Eine Hand wäscht die andere.

Aus dem Wahlprogramm von CDU/CSU für 2009-2013

Wissenschaft braucht klare ethische Einbettung und Orientierung. Das gilt gerade für die moderne Bio- und Gentechnologie. Die Auseinandersetzung über ethische Grenzen der Forschung muss sachlich und in der Überzeugung, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb forschungsfreundliche Rahmenbedingungen braucht, geführt werden. So werden gesellschaftlich Vertrauen und Akzeptanz geschaffen. Deshalb brauchen wir Sicherheitsforschung in umstrittenen Forschungsbereichen, insbesondere in der grünen Gentechnik. (S. 15)

Politik muss die Sorgen der Bürger bei grüner Gentechnik ernst nehmen und darf keine unnötigen Risiken eingehen. (S. 46)

Angela Merkel im Fernsehduell mit dem damaligen

Bundeskanzler Gerhard Schröder am 4.9.2005⁵⁹

Merkel: „Sie gestatten sicherlich noch einen abschliessenden Satz zu der Gentechnik ...“ Moderator: „Nein, nein ...“ Merkel: „Doch, das muss ich machen, um einfach deutlich zu machen, Deutschland ist ein Chemiestandort. Und wir müssen es schaffen, gentechnisch veränderte, nachwachsende Rohstoffe nicht zum Konsum, zum Essen, sondern für die chemischen Reaktionen herzustellen. Die Bedingungen sind jetzt schlechter als in allen anderen europäischen Ländern, das ist die Wahrheit. Und deshalb wird Deutschland sich auf diesem Gebiet nicht so entwickeln, deshalb werden wir das auch ändern. Ich finde, das müssen die Zuschauerinnen und Zuschauer wissen. Das ist von der BASF bis zu anderen Chemieunternehmen eine ganz wichtige Sache.“

Beschlussvorlage „Landwirtschaft ist Zukunft“ zur

JU-Bundesversammlung 2010⁶⁰

Praktikable Schwellenwerte für zufällige, technisch unvermeidbare Beimischungen von GVO in konventionellem Saatgut sind unerlässlich. Ferner ist ein Schwellenwert für geringfügige Beimischungen von nicht in der EU angemeldeten bzw. zugelassenen oder in den EU-Ländern asynchron zugelassenen GVO in Lebens- und Futtermitteln notwendig. Die deutsche Landwirtschaft ist auf den Import von proteinhaltigen Futtermitteln angewiesen. Keine Veröffentlichungspflicht von GVO-Standorten und Abstandsregelungen ...

Künftig müssen neue, wissenschaftlich und behördlich geprüfte und als unbedenklich eingestufte Sorten zügig zugelassen werden, um zu verhindern, dass Europa im weltweiten Wettbewerb immer weiter zurückfällt.

Deutschland ist weltweit der zweitgrößte Importeur und viertgrößte Exporteur von Agrarprodukten. Ohne die Nutzung der Grünen Gentechnik erwächst daraus ein deutlicher Wettbewerbsnachteil. ... Die Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland durch den Ausbau der Forschung an gentechnisch veränderten Organismen (GVO).

51 http://blogs.taz.de/saveourseeds/files/2009/07/runder_tisch_schavan_agrarforschung_ubersicht_200709.pdf

52 www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc%7EEEC7634719A9A410CA7F9DE6B163B5454%7EATpI%7EEcommon%7EScontent.html

53 www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/070907-antigenfood0807.pdf, durch mehrere Augenzeuginnen bestätigt.

54 www.katharina-reiche.de/de/Newsletter/32/Runder_Tisch_zur_Gr_Gentechnik/artikel,264.html

55 Homepage von Katharina Reiche, Text vom 29.5.2009; www.katharina-reiche.de/de/Newsletter/32/Runder_Tisch_zur_Gr_Gentechnik/artikel,264.html

56 Telepolis am 31.7.2005: www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20631/1.html

57 siehe Fußnote 56

58 Stern am 14.4.2009: www.stern.de/wissen/ernaehrung/verkehr-fuer-die-umwelt-aigener-verbietet-genmais-anbau-660801.html

59 Imkerei-Technik-Magazin, 1/2008 (zitiert nach Zeit-Fragen: www.zeit-fragen.ch/index.php?id=2589)

60 Download über www.projektwerkstatt.de/gen/filz/parteien/lu_landwirtschaftspolitik.pdf

Peter Bleser, MdB und Vorsitzender der CDU/CSU-AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 13.7.2010
 Wichtige wirtschaftliche Potenziale können nicht mehr genutzt werden; ein Verlust von Arbeitsplätzen ist zu befürchten. Europa würde sich damit von einer Zukunftstechnologie verabschieden, die weltweit bereits in erheblichem Umfang genutzt wird. ... Wir begrüßen es in diesem Zusammenhang, dass Fragen der Umwelt- oder der Gesundheitsgefährdung von GVO nicht für ein Anbauverbot herangezogen werden können.

Die mit der Gentechnik-lobby heult: FDP

Bleibt noch die FDP. Es wäre unhöflich, sie auf ihr bundespolitisches Aushängeschild zu verkürzen. Oder zu lachen, wenn diese im Bundestag auftritt. Aber Christel Happach-Kasan aus dem kleinen Dorf Bäk im Norden der Republik ist eine bemerkenswerte Mischung aus Ideologie des Alles-erlaubt,-was-Profit-bringt und weitgehendem Fehlen von Argumenten. Trotzdem ist sie ständig unterwegs für die grüne Gentechnik. Kritik perlt an ihr ab. Die Broschüre „**Organisierte Unverantwortlichkeit**“ bezeichnete sie mit ihrer typisch inhaltsleeren Rhetorik am 7.9.2009 als „**Schrott**“, zog den Begriff aber zurück, als sie auf Nachfrage nicht in der Lage war, ein einziges Beispiel für Falschangaben in dem Heft zu benennen.

Aus der Festrede von Christel Happach-Kasan auf dem InnoPlanta-Forum am 6.9.2010⁶¹

Ein Ausländer, der die Voraussetzungen zur Einbürgerung erfüllt, muss eingebürgert werden, ob der zuständige Beamte dazu Lust hat oder nicht; ein Produkt, das die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt, muss zugelassen werden. Alles andere wäre politische Willkür, eine Abkehr vom Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. ...

Kinder scheuen oftmals den ersten Zahnarztbesuch. Doch welche verantwortlichen Eltern bleiben dann mit ihnen zu Hause? Zweifel und Ängste ernst nehmen, heißt ihnen mit Information und Aufklärung zu begegnen. ... Ein faktisches Verbot wäre politische Willkür, die die Freiheitsrechte von Landwirten, Unternehmen, Forschern und Verbrauchern missachtet. Das ist der Weg in eine andere Republik. ...

Für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft ist die Grüne Biotechnologie ein wichtiges Instrument. Armut, Hunger, Mangelernährung, Wüstenbildung, Klimawandel erfordern Investitionen in die Landwirtschaft, in die Züchtung gentechnisch optimierter Sorten. ...

Wir brauchen die Abschaffung der so genannten Nulltoleranz für Futtermittel, Lebensmittel und Saatgut. Die Null ist eine mathematische Größe, ist biologischen Systemen fremd. Eine Gesellschaft, die Grenzwerte für jedes Gift akzeptiert, sollte ohne Probleme auch Grenzwerte für gesunde Produkte tolerieren, die den einzigen Makel haben, noch keinen Zulassungstempel der EU zu tragen.

Aus ihrer Pressemitteilung am 17.9.2010⁶²

Deren Nutzung ist ethisch vertretbar und ökonomisch sowie ökologisch geboten und somit eine Chance für Deutschland. Aus Sicht der FDP besteht im Bereich der Biotechnologiepolitik auf verschiedenen Feldern dringender Handlungsbedarf. So führt die in Deutschland praktizierte Umsetzung der Regelungen zur Nulltoleranz zu Rechtsunsicherheit und verursacht zusätzli-

che Kosten für Unternehmen, Importeure und Landwirtschaft. Diesen zusätzlichen Kosten sieht kein entsprechender Nutzen für Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber. Dies muss durch die notwendigen Korrekturen des Gentechnikrechts auf nationaler und europäischer Ebene dringend geändert werden. Insbesondere eine Korrektur der praxisuntauglichen Nulltoleranz-Regelung ist zur Stärkung der agrarischen Veredlungswirtschaft in der Schweine-, Geflügel- und Milchviehhaltung notwendig, damit wir nicht weiter vor den internationalen Warenströmen für agrarische Rohstoffe abgeschnitten werden. Der Umbruch von 2000 Hektar Mais im Juni wegen einer noch nicht einmal sicher nachgewiesenen geringfügigen Verunreinigung ist ein Skandal und darf nicht wieder vorkommen.

Mit solchen Meinungen ist Happach-Kasan in der FDP auf dem dort prägenden Kurs. Die ganze Partei ist eine naiv-ideologische, marktradikale Glaubensgemeinschaft an das immer Gute in jeder Forschung und Technik. Die Ausdrucksformen dieser Technikgläubigkeit sind skurril. Dafür genügt der Blick auf den wichtigsten Lobbyverband der Agro-Gentechnik, InnoPlanta. Deren Chef ist nämlich der FDP-Landtagsabgeordnete Uwe Schrader. Initiator war der FDP-Mann Horst Rehberger, auch Happach-Kasan mischte oft mit (Näheres im Kapitel V ab Seite 69).

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) unterstützte die armen Gentechnikkonzerne sogar praktisch und half medientauglich beim Ernten von gv-Kartoffeln.⁶³ Nutznießer war der Großkonzern BASF, der das Ereignis auch groß herausposaunte:⁶⁴ „Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle startete heute die Amflora-Ernte in Zepkow, Mecklenburg-Vorpommern. Zusammen mit dem BASF-Vorstandsvorsitzenden Dr. Jürgen Hambrecht und dem für die Pflanzenbiotechnologie zuständigen Vorstandsmitglied Dr. Stefan Marcinowski holte er die ersten Knollen der gentechnisch verbesserten Stärkekartoffeln aus der Erde. Auf 14 Hektar hat BASF in diesem Jahr dort erfolgreich angebaut. Brüderle betonte, dass Pflanzenbiotechnologie einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der europäischen Landwirtschaft leisten kann.“ Offenbar hat die Agro-Gentechnik soviel Selbstzweck und ihre Unterstützung ist ideologisch begründet, dass allein die Tatsache der Genmanipulation ein derartiges Interesse hervorruft. Denn bekanntlich gibt es zur Amflora-Kartoffel, um deren Ernte es ging, längst auch ohne Gentechnik gezüchtete Alternativen.

Aus dem Wahlprogramm der FDP für 2009-2013

Forscher wollen forschen. Sie wollen nicht mit überbordender Bürokratie die Zeit vergeuden. Die FDP lehnt Denkblockaden und ideologische Fixierung auf bestimmte Technologien ab. Fusionsforschung, kerntechnische Sicherheitsforschung, Stammzellforschung, grüne Gentechnik, Biotechnologie



Abschließend übe die Referentin starke Kritik an der Zerstörung von Wertprüfungs- und Sortenversuchen. Dies seien kriminelle Handlungen und verursachten Schäden in Millionenhöhe.
 Die anschließende Diskussion verlief dann sehr einseitig. Alle Argumente der Gen-Technik-Gegner wurden mit Hinweisen wie, diese Wissenschaftler seien nicht vertrauenswürdig oder das Projekt sei nicht wissenschaftlich begleitet worden, abgescmettert. Bis auf den Beitrag eines Grebenauer Schweinezüchters – und wie er anmerkte, FDP-Wähler –, der Eiweißpflanzen für seine Tiere brauchte, behielten alle Diskussionsbeiträge eine Ablehnung beziehungsweise starke Zweifel an der Nutzung von grüner Gentechnik.

Oben: Bericht über einen Vortrag von Happach-Kasan im Vogelsbergkreis (Oberhessische Zeitung, 2.4.2007). Es gab offenbar Kritik.

Foto unten: Brüderle hilft der BASF beim Ernten von gv-Kartoffeln. Dahinter InnoPlanta-Werber.

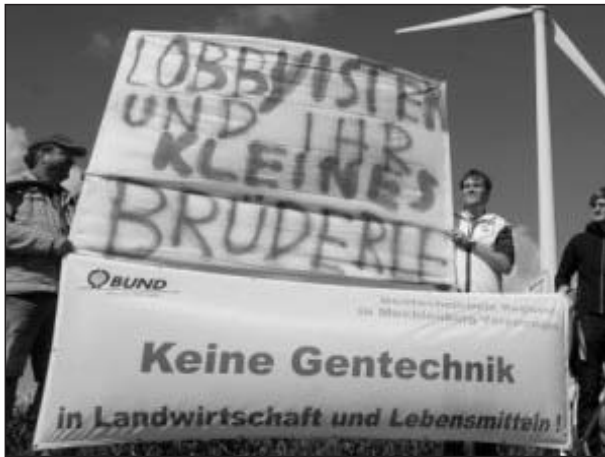


61 www.innoplanta.de/fileadmin/user_upload/Pdf/Pdf_Innoplanta-Forum/InnoPlantaForum2010_Festvortrag_Happach-Kasan.pdf

62 www.fdp-kleinmachnow.de/portal.presse.php?id=14302

63 www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/22481.html

64 www.basf.com/group/pressemitteilungen/P-10-389



und Nanotechnologie und Raumfahrtprojekte dürfen nicht stigmatisiert, sondern müssen in wettbewerblichen Verfahren unter transparenten und verantwortungsvollen Rahmenbedingungen gefördert werden. (S. 52)

Aus „FDP will Gentechnik in der Landwirtschaft“, auf: topagrar am 7.7.2010⁶⁵

Forschung bei gleichzeitigem Verbot der Anwendung der Forschungsergebnisse im eigenen Land widerspreche der Vernunft, heißt es in dem Positionspapier „Biotechnologie“, dass die FDP-Bundestagsfraktion vergangene Woche verabschiedet hat.

Foto: Protest gegen die Ernteaktion der Amflora und die politische Unterstützung durch den Bundeswirtschaftsminister Brüderle.

i Internetseiten zu Organisierung von unten und kreativen Aktionsmethoden:
 ► www.direct-action.de.vu
 ► www.hierarchie.de.vu
 ► www.projektwerkstatt.de/ovv

⁶⁵ www.topagrar.com/index.php?option=com_content&task=view&id=19408&Itemid=519

Fazit: Der Widerstand entscheidet!

Was folgt aus all dem? Etwas Schlichtes, aber Wichtiges: Es kommt nicht auf die Parteien, sondern auf dem Widerstand an. Es gibt keine Partei, die eine klare, von Machtspielchen und Seilschaften unbeeinflussten Kurs gegen die Agro-Gentechnik fährt. Umgekehrt gibt es aber selbst in den scheinbar eindeutig pro Gentechnik auftretenden Parteien FDP und CDU Gegenwind, z.B. von den eigenen Basisgruppen in kleinbäuerlich geprägten Regionen. Klar ist:

- Rot-Grün auf Bundesebene hat die Förderung deutscher Gentechnik unter dem Label „Sicherheitsforschung“ ausgebaut. In ihrer Regierungszeit kam es zu Geheimaussaaten von Rapsfeldern in mehreren Bundesländern. Die Felder gerieten außer Kontrolle.
- Rot-rote und schwarz-gelbe Landesregierungen haben die Hochburgen deutscher Gentechnik aufgebaut: Das AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz (bei Rostock) und die BioTech-Seilschaften in und um die Börde Sachsen-Anhalts.
- 2008 und 2009 setzte lokaler Widerstand das Aus der Gentechnik in Bayern durch – unter einer schwarz-gelben Landesregierung! Kurz danach stärkte eine gleichfarbige Bundesregierung dieselbe

Technik, während die große Koalition in Thüringen der Agro-Gentechnik das vorläufige Aus verpasste. Schwarz-grün in Hamburg und die Jamaika-Koalition im Saarland gelten als relativ gentechnik-kritische Regierungen.

- Was die CSU in Bayern macht, gilt nicht auf Bundesebene. Im Landwirtschaftsministerium Ilse Aigners wurden hohe Fördergelder für die Entwicklung der Gentechnik gezahlt, die Bundesfachanstalten auf Gentechnik weiter spezialisiert und der BioÖkonomierat als reines Pro-Gentechnikgremium gegründet.

Alle politischen Apparate auf höherer Ebene gehören zu den gesellschaftlichen Eliten. Das schafft ein praktisches Problem, denn es ist dort gut geübte Praxis, die politischen Wortmeldungen und Einmischungen ‚von unten‘ arrogant zu übersehen – oder sich gar aktiv abzuwenden. Die grüne Bundestagsabgeordnete Ulrike Höfken, obwohl eigentlich ihr Thema, ignorierte die Recherchen und Aktionen gegen die Gentechnik-Seilschaften, seit sie ab 2009 von BasisaktivistInnen verbreitet werden. Ihre Kollegin Cornelia Behm fuhr auf dem Weg zum InnoPlanta-Forum 2009 an den GentechnikgegnerInnen vorbei. Der SPD-Bundestagsabgeordneten Matthias Miersch, der ebenfalls die Gentechnik-Seilschaften schon zum eigenen Thema machte, schwieg wie seine grüne Kollegin, seit das ein Thema von Basiszusammenhängen wurde und in Saarbrücken vor Gericht stand. Schlimmer waren und sind die ständigen Distanzierungen von Basisaktivitäten auf und um Versuchsfeldern oder den dahinterstehenden Institutionen. Der Bruch zwischen Eliten und AktivistInnen ist kultureller Natur. Sie entspringt den Unterschieden in Alltagsgepflogenheiten, Kommunikationsstilen, Handlungsformen und sozialer Einbettung, d.h. der Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Schichten, Sphären oder Klassen. Nötig ist daher nicht nur eine inhaltliche Klarheit, sondern auch eine Überwindung lebensstilistischer Arroganz.

Ansatzpunkte dafür gibt es allerorten: Ob rot, ob grün, ob gelb, schwarz oder ganz neue Farb-Experimente mit der Beteiligung an der Macht – notwendig und erfolgversprechend ist der Widerstand von unten! Das ist nicht nur eine inhaltliche, sondern auch eine kulturelle Aufgabe. Und es stellt die Machtfrage. Die Gestaltungskraft in der Gesellschaft muss aus Märkten und Parlamente wieder zurückgewonnen werden – hin zu den Menschen!



Die Projektwerkstatt in Saasen (Kreis Gießen) können Sie besuchen, um ...

- ★ die Quellen zu diesem Buch einzusehen,
- ★ in den großen Archiven und Bibliotheken zu stöbern,
- ★ Treffen und Seminare in den Räumen durchzuführen oder
- ★ eigene Ideen in den vielen Werkstätten des Hauses umzusetzen.

Mehr unter www.projektwerkstatt.de/saasen!